

# Im Entstehen: greifbare Umweltmaßnahmen

Viele Puzzleteile, noch kein Ganzes in Südasien

Theodor Rathgeber

**Die Region Südasien umfasst verschiedene Klimazonen und eine Vielzahl an Aspekten, die mit der Zerstörung wie mit Schutzmaßnahmen der Umwelt zu tun haben. Es gäbe also grundsätzlich viel zu schreiben. Im nachfolgenden Artikel werden einige Aspekte gestreift, vor allem strukturbildende. Die Muster wiederholen sich, so dass die Beispielauswahl sich auf die Länder Bangladesch, Indien und Pakistan beschränkt.**

**G**ravierende Umweltprobleme in Südasien beziehen sich auf Verluste der Artenvielfalt, Entwaldung, Überweidung, Wüstenbildung, Erschöpfung der Energieressourcen, Verschlechterung der Fluss- und Meeresressourcen, Bevölkerungsdruck, Verschmutzung der Luft, Zusammenbruch und Verschmutzung der Land- und Wasserressourcen, Trinkwassermangel, Risiken für die Ernährungssicherheit, Einfuhr von gefährlichen Abfällen. Die am stärksten bedrohten Großräume stellen das Grasland und Bergwaldökosysteme im Himalaya sowie die Ökosysteme in den Sundarbans dar, Mangrovenwälder in Bangladesch und Westbengalen. Die Wälder in Südasien mit vielfältigen Ökosystemen werden durch rasche Abholzung und Verstädterung zerstört. Mit die höchsten Raten weltweit in Sachen Luftverschmutzung weist Südasien auf, Indien an erster Stelle.<sup>1</sup>

## Bangladesch

Die Bedrohungen durch den Klimawandel und die stetige Verschlechterung der Natur in Siedlungsräumen machen Bangladesch zu einem ökologisch äußerst verwundbaren Staat in Südasien. Die Politik hat das durchaus erkannt und vergleichsweise starke Vorgaben zum Umweltschutz und Ressourcenmanagement

entwickelt. Eine Auswahl in Stichworten: *Environment Conservation Act 1995*, *Open Space Act 2000*, *Consumer Rights Protection Act of 2009*, *Environment Court Act 2010* (wenngleich das Umweltgericht nicht von jedermann direkt angerufen werden kann), *Wildlife (Conservation and Security) Act 2012*, *Water Act 2013*, *Brick Manufacturing and Brick Kilns Establishment (Control) Act 2013* (mit bislang geringer praktischer Wirkung), *Bangladesh Biodiversity Act 2017*, *Animal Welfare Bill 2019*, *Clean Air Bill 2019*.<sup>2</sup>

Natürlich klafft immer eine Lücke zwischen Anspruch und Realität, aber wichtige Rahmenelemente zur Strukturbildung in Sachen Umweltschutz liegen vor. Gleiches lässt sich sagen für Programme in Zusammenarbeit mit internationalen Agenturen wie USAID, so zu nachhaltigem Ressourcenmanagement, Prävention und *Early-Warning*-Systeme in Sachen Überschwemmungen und Zyklone oder Emissionsminderung von Treibhausgasen.

Um sich für zukünftige Herausforderungen zu wappnen, schlägt die Weltbank vor, Umweltschutz als eigenen Punkt in die nationale Planung aufzunehmen und die Umweltinstitutionen zu stärken, um spezifisch auf die Urbanisierung

und Industrialisierung zu reagieren.<sup>3</sup> Deutlich verbessern müsste Bangladesch demnach den Schutz der Meere. Die Wald- und Landschaftsbewirtschaftung sollte nicht nur Wachstumsaspekte berücksichtigen, sondern auf Nachhaltigkeit und Klimabeständigkeit achten. Die Weltbank selber fördert Maßnahmen zur Luftverbesserung in Dhaka, Aufforstungen mit klimabeständigen Arten am Meer und in den Bergen, Wassermanagement in der Region Sundarbans und nachhaltiges Management der Meeresressourcen. Die Unterdrückung oppositioneller Meinungen und mithin von kritischen Sachstandsanzeigen zum Bereich Umwelt ist momentan eines der größten „Umweltprobleme“ im Land.

## Indien

Am Anfang der modernen Umweltgesetzgebung in Indien stand eine Katastrophe: die Tragödie von Bhopal 1984. Für die damalige Regierung war dies Anlass, eine umfassende Umweltgesetzgebung auf den Weg zu bringen. Im Jahr 1986 verabschiedete das Parlament das Umweltschutzgesetz (*Environment Protection Act, 1986*), das als grundlegender gesetzlicher Rahmen für weitere legislative Maßnahmen im Bereich Umwelt diente.<sup>4</sup> Auf der Grundlage dieses Umweltgesetzes

entstanden eine Vielzahl von Gesetzgebungen zum Schutz des Wassers, der Luft, der Abfallbeseitigung, zum Schutz der Wälder und Wildtiere, zum Schutz der Flüsse, Küsten und Meere, und ebenso Vorgaben zur Stadtplanung, Kanalisation und Sanitärinstallationen. Im Jahr 2010 wurde außerdem ein Sondertribunal geschaffen, *Green Tribunal*, das sich spezifisch mit Umweltfragen beschäftigt und auch wirksam vorgeht (*National Green Tribunal Act, 2010*).<sup>5</sup>

Wer Indien kennt – und SÜDASIEN liest – wird sich fragen, was von diesen vielen Instrumenten praktische Wirkung entfalten konnte. Einiges, lautet die Antwort. Erinnerung an die exemplarischen Erfolge von Greenpeace vor unterschiedlichen Gerichten zum vorübergehenden Stopp von Kohlebergbau und Kohlekraftwer-

ken etwa in Madhya Pradesh in den Jahren 2014 und 2015. In Sachen Solarenergie und erneuerbare Energien gilt Indiens Politik als vergleichsweise fortschrittlich, wenngleich die mittelfristige Reduzierung von Kohleabbau in Indien<sup>6</sup> und der gleichzeitige Kohleimport aus Australien nicht zusammen passen. Allerdings: in geradezu endemischer Weise werden Konsultationsrechte der betroffenen lokalen Bevölkerungen nicht angemessen ausgeführt oder unterbleiben ganz.<sup>7</sup> Ein Mangel, der bis in heutige Tage auftritt.<sup>8</sup> Es ließen sich viele weitere Beispiele anführen, die bezeugen, dass Indien sowohl mit massiven Umweltproblemen als auch mit rechtstaatlichen Garantien zu kämpfen hat. Die Crux ist immer dieselbe. Ravi Agarwal hat sie 2014 unter politisch anderen Konstellationen beschrieben: Das Miteinander von wirtschaftlicher Entwicklung, gesellschaftlichen Erwartungen, Rechtsstaat und Umweltschutz unter einen Hut zu bringen, muss im-

mer wieder austariert werden.<sup>9</sup> Die aktuelle Regierung steht vor demselben Dilemma.

### Pakistan

Pakistan war einmal Vorreiter: Angestoßen durch eine UN Erklärung von 1972 zur Umwelt<sup>10</sup> richtete die pakistanische Regierung im Jahre 1975 erstmals ein Ministerium für Umwelt ein. Eine Vielzahl der heutigen Umweltgesetzgebung kam in den 1970er bis zu den 1990er Jahren zustande. Im Jahr 1984 erfolgte beispielsweise die Gründung des Rats für Umweltschutz (PEPC), der im Jahr 1993 nationale Umweltqualitätsstandards erließ. Dies waren die ersten staatlichen Bestimmungen zum erlaubten Maß von Abwässern und Emissionen für Industrieunternehmen und den Verkehr. Im Jahr 1997 folgte die grundlegende Gesetzgebung im *Pakistan Environmental Protection Act 1997*. Sie ist bis heute die Rechtsgrundlage des

---

Eingeräuchertes Mumbai durch Fabrikabgase.

Bild: flickr.com, Tawheed Manzoor (CC BY 2.0)





Entwaldung durch Kleinunternehmer.

Bild: flickr.com, Pablo Necochea (CC BY-NC 2.0)

staatlichen Umweltschutzes und ermöglicht die Sanktionierung durch Geld- und Konventionalstrafen bei Umweltdelikten. Insgesamt gibt es über 100 Umweltgesetze und Verordnungen auf Bundes-, Provinz- und lokaler Ebene. Ein Gesetz aus jüngerer Zeit ist der *Sindh Environmental Protection Act 2014*.<sup>11</sup> Die pakistanische Umweltschutzbehörde (Pak-EPA) nahm 1997 ihre Arbeit auf und hat den Auftrag, Gesundheit und Umwelt zu schützen und entsprechende Vorschriften zu verfassen und durchzusetzen.

Überflutungen und die Veränderung der Wettermuster haben in jüngerer Zeit die Titel der Nachrichten beherrscht. In Pakistan korrespondiert die Schwere der Umweltprobleme mit der wachsenden Wirtschaft des Landes und den darauf gerichteten Erwartungen der wachsenden Bevölkerung. Das zentrale Ziel aller Regierungen, Wirtschaftswachstum, überlagert den Umwelt-

schutz. So machen Fischerei und Landwirtschaft mehr als ein Viertel der Produktion und zwei Fünftel der Beschäftigung in Pakistan aus. Sie sind in hohem Maße von den natürlichen Ressourcen des Landes abhängig. Das Wirtschaftswachstum bedingt eine hohe Nachfrage nach knappen natürlichen Ressourcen. Gleichzeitig leben rund zwei Drittel der Bevölkerung in ländlichen Gebieten, sind von hoher Armut betroffen und ihrerseits auf natürliche Ressourcen angewiesen. Beides führt zur Degradierung der Umwelt.

Dessen unbeschadet haben zivilgesellschaftliche Gruppen und auch Regierungsabteilungen Initiativen ergriffen, den gesetzlichen Rahmen zu nutzen und die Umweltzerstörung einzudämmen oder zu stoppen. Die Regierung startete 2019 eine Initiative mit dem Namen „sauberes, grünes Pakistan“ (*Clean and Green Pakistan*). Die Pakistani sollten ihre Aktivitäten melden und Punkte für eine Auszeichnung sammeln. Über urbane Zentren kam diese Initiative bislang nicht hinaus. Im Jahr 2014 startete die Regierung das Projekt „Milliarden-Baum-Tsunami“. Hier wurden rund 350.000 Hektar Wald und degradiertes Land wieder hergestellt. In nur einem Jahr wurden laut Mitteilung der Regierung rund 750 Millionen neue Bäume gepflanzt. Das Projekt wurde im August 2017 vorzeitig beendet.

#### Zum Autor

Siehe Artikel auf Seite 18.

#### Endnoten

<sup>1</sup> Zum Überblick siehe die Webseite der Weltnaturschutzunion IUCN <https://www.iucn.org/commissions/commission-ecosystem-management/regions/south-asia>, ebenso <https://www.worldbank.org/en/news/feature/2018/04/20/building-a-climate-resilient-south-asia>.

<sup>2</sup> Weltbank: *Bangladesh: Protecting The Environment And Natural Resource Management*, Oktober 2016, abrufbar via <https://www.worldbank.org/en/results/2016/10/07/bangladesh-strengthening-bangladeshs-environment-natural-resource-management>.

<sup>3</sup> Weltbank 2016, op.cit., Fußnote 1.

<sup>4</sup> Darin enthalten waren die früheren Bestimmungen zum *Water (Prevention and Control of Pollution) Act, 1974* und des *Air (Prevention and Control of Pollution) Act, 1981*.

<sup>5</sup> Zum Überblick über die wichtigsten Gesetzesgrundlagen und einschlägigen staatlichen Institutionen siehe [https://uk.practicallaw.thomsonreuters.com/0-503-2029?transitionType=Default&contextData=\(sc.Default\)&firstPage=true&bhcp=1](https://uk.practicallaw.thomsonreuters.com/0-503-2029?transitionType=Default&contextData=(sc.Default)&firstPage=true&bhcp=1).

<sup>6</sup> Siehe SÜDASIEN Heft 1-2019.

<sup>7</sup> Exemplarisch dazu Amnesty International: *India: When land is lost, do we eat coal?* Coal mining and violations of Adivasi rights in India. Report ASA 20/4391/2016, via <https://www.amnesty.org/en/documents/asa20/4391/2016/en/>.

<sup>8</sup> Siehe Shantanu Guha Ray: Big crisis brewing in Chhattisgarh mines, in: *Sunday Guardian*, 14. März 2020, via <https://www.sundayguardianlive.com/news/big-crisis-brewing-chhattisgarh-mines>.

<sup>9</sup> Ravi Agarwal: Indiens umweltpolitische Herausforderungen, in: *bpb*, Dossier Indien, 2014, <https://www.bpb.de/internationales/asien/indien/>.

<sup>10</sup> *United Nations Conference on the Human Environment*, 1972 in Stockholm. Es war die erste Konferenz der Vereinten Nationen zum Thema Umwelt und gilt als Beginn der internationalen Umweltpolitik.

<sup>11</sup> Weitere Gesetze aus jüngerer Zeit sind unter anderem *The Pakistan Environmental Protection Agency Review of Initial Environmental Examination and Environmental Impact Assessment Regulations, 2000*, *The Environmental Samples Rules, 2001*, *The Pollution Charge for Industry (Calculation and Collection) Rules, 2001*, *The National Environmental Quality Standards (Self-Monitoring and Reporting by Industry) Rules, 2001*, *The Hazardous Substances Rules, 2003*, *The Hospital Waste Management Rules, 2005*, *The Pakistan Bio-safety Rules, 2005*, siehe [https://www.academia.edu/7738075/Environmental\\_Laws\\_of\\_Pakistan\\_A\\_brief\\_View\\_](https://www.academia.edu/7738075/Environmental_Laws_of_Pakistan_A_brief_View_).